

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
Bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dändler).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 67.

Berlin, Sonnabend, 20. August 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Kampf auf den Werften. — Christliche Verleumdungen. — Die Weltausstellung in Brüssel 1910. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen.

Der Kampf auf den Werften.

Nach den Berichten unserer Vertrauensmänner läßt sich folgendes Bild vom Entstehen und von den Gründen des auf den deutschen Seeschiffswerften ausgebrochenen Arbeitskampfes entwerfen:

Zunächst muß festgestellt werden, daß seitens der Arbeiterchaft lediglich gegen die Hamburger Seeschiffswerften eine Kampfmaßnahme zwecks Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse ergriffen war und daß erst seitens der Gruppe der deutschen Seeschiffswerften in der Arbeitgeberorganisation der Kampf auf sämtliche übrigen deutschen Werftplätze verpflanzt worden ist, indem der Hamburger Streik mit einer für das ganze Deutsche Reich verfügbaren Ausperrung beantwortet wurde. Die Hamburger Verhältnisse gestatten aber nicht eine Übertragung auf andere Städte, denn hier sprechen in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern politische Motive mit, die anderswärts ausgehalten sind; ja, in Hamburg herrscht eine förmliche Feindseligkeit zwischen den Parteien und ein Mangel an Verständnis für die erhobenen Forderungen, wie sie an kleineren Plätzen, an denen ohnehin der soziale Verkehr ein innigerer ist, gar nicht denkbar wäre. Nur widerwillig haben denn auch die Werftbesitzer und Werftleiter anderer Städte, zumal an der Dittke, die ihnen durch die Arbeitgeberorganisation aufgezwungene Sympathiemäßnahme, eben die Ausperrung unbeteiligter und sogar durchaus nicht streiklustiger Arbeitskräfte, mitmachen müssen. Dieser Widerwille läßt sich bei den kleineren Werften leicht erklären, denn sie haben eine zwei- bis dreijährige Periode der ungünstigen Beschäftigungsverhältnisse hinter sich und sind heilfrohd, daß allmählich die Konjunktur sich wieder bessert, so daß nicht nur die Aufträge wieder reichlich eingehen, sondern auch die Preise lohnender werden. Angeichts dieser günstigeren Gestaltung des Geschäfts würden so manche Werften mit Freuden bereit sein, ihre Arbeiter Anteil an der Besserung des Verdienstes nehmen zu lassen, ohne daß erst ein die Lebensschaffen aufwühlender Kampf die Kräfte auf der einen und der anderen Seite schwächen müßte. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine haben volles Verständnis auch für die Situation der Arbeitgeber, denen sie nicht Unbilliges zumuten wollen und auf deren mißliche Verhältnisse, wie sie die letzten Jahre brachten, sie durchaus Rücksicht nehmen; sie erwarten allerdings auch, daß nach Überwindung der Krisis jedem Arbeiter sein höherer Lohn werde, wie er schon durch die Verteuerung der Lebenshaltung, noch mehr aber durch die Veränderung in der Preisberechnung der Arbeit durch die Werften gegenüber ihrer Kundenschaft geboten ist. Jedenfalls kommt die jetzige Bewegung und besonders die Ausperrung den meisten Unternehmern, die zu ihrer Vornahme durch die großen Hamburger Werften gezwungen wurden, recht unangelegn. Sie müssen den Zeitpunkt verpassen, zu dem sie sich von der Unkunst der Konjunktur mit ihren zahlreichen, aus Mangel an Aufträgen notwendig gewordenen Arbeiterentlassungen zu erholen Gelegenheit hätten, und müssen mitansehen, daß ausländischen Konkurrenten die schöne Arbeit zufällt, die sie selbst so gut brauchen könnten.

Um folgende Hamburger Seeschiffswerften dreht sich im Grunde nur der Kampf: Woborn u. Wob., „Dalkan“, Reiherritz-Schiffwerfte und

Maschinenfabrik, Janssen u. Schmilinsky, A.-G., S. C. Stülden Sohn, S. Brandenburg und Wichhorst. Dazu kommt die Reparaturwerkstätte der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburger Hafen, die keine eigentliche Werft darstellt, aber verschiedene Kategorien Werftarbeiter beschäftigt.

Der Grund für die Erhebung neuer Forderungen seitens der Arbeiterchaft liegt nur in der schwierigeren Gestaltung der Lebenshaltung, deren Bedürfnisse aber noch länger zurückgedrängt wären, wenn nicht die Werften jetzt offenbar in der Lage wären, infolge einer weitestgehenden Besserung des eigenen Verdienstes auch ihre Arbeiter besser zu stellen, und darum ist es ganz unverständlich, warum die Unternehmerorganisation alle Forderungen kurz abgewiesen hat, warum sie nicht wenigstens zu Verhandlungen die Hand geboten und nicht zum allermindesten sich bereit erklärt hat, die Gründe der Arbeiter, denen doch Gelegenheit geboten werden mußte, sich näher auszusprechen, auch nur anzuhören. Zwar wird nachträglich der Versuch gemacht, es so hinzustellen, als ob die Unternehmer in Verhandlungen oder doch in eine Unterredung mit den Arbeitern einzutreten bereit gewesen wären, um so eine Verständigung herbeizuführen, daß aber die Arbeiter davon nichts hätten wissen wollen und so an der Entwicklung der Dinge, insbesondere an der Aussperrung, selbst schuldigen seien. Diese Darstellung, die sich sogar in der „Sozialen Praxis“ findet, steht aber im Widerspruch mit den Tatsachen. Die Unternehmerorganisation hatte lediglich den Arbeitern freigestellt, der Verkündung der Gründe für die unverrückbar feststehende und schon schriftlich erklärte, irrtümliche Zurückweisung irgend welcher Forderung beizuwohnen, und daß die Arbeiter auf die Teilnahme an dieser Art Exkursion gern verzichteten, wird ihnen niemand übel nehmen können. Sie wußten genau, ja, wußten es halb und halb schon, als die Werften im voraus eine mündliche Erläuterung der Arbeiterwünsche abgelehnt, damit also befunden hatten, daß der Unternehmerstandpunkt sich in den Satz zusammenfassen lasse: „Ich kenne Deine Forderungen nicht, billige sie aber nicht“, und daß die Werften den Kampf wollten, über dessen Notwendigkeit sie sich vom ersten Augenblick an klar waren und den sie durch die oben geschilderte Handlungsweise erst provoziert haben.

Diese Haltung der Werften war, ganz abgesehen von der Bedeutung und der Opportunität der einzelnen Forderungen, auch deshalb ungerechtfertigt, weil sie schon vor mehreren Monaten auf die Bitte der Arbeiter um Verrückung aller solche Anträge mit dem Hinweis, zu dem keine große prophetische Gabe nötig war, kalt lächelnd abgetan hatten, daß in diesem Sommer, wenn sich der Auftragsbestand häufe und die Preise weiter anziehen dürften, auf alle Fälle neue Forderungen gestellt werden würden, daß man sich also bis dahin gedulden möge. Die Arbeiter nickten verständnisvoll, und damit war stillschweigend ein Pakt zwischen den Parteien geschlossen, daß nunmehr, da die Zeit gekommen ist und die Erwartung auf Besserung des Marktes für die Werften sich erfüllt hat, sie den Arbeitern geben würden, was der Arbeiter ist. Diese Zusage, auf die die Werftarbeiter vertrauten, so daß sie damals ruhig zu ihrer Arbeitsstätte zurückkehrten, gerade weil sie eine Störung des Arbeitsverhältnisses nicht wünschten und in Frieden mit ihren Arbeitgebern leben wollten, ist nun nicht nur nicht erfüllt, sondern auch wie eine falsche Spekulation der Arbeiter diskreditiert worden, und dabei hatten diese nichts anderes verbrochen, als daß sie gutgläubig und vertrauensvoll gewesen waren. Anderenfalls hätten sie damals schon es zu einem Streik kommen lassen.

Soviel zu Ehren der historischen Wahrheit, deren Fälschung versucht worden ist.

Aber noch nach einer anderen Richtung hin ist den Werftarbeitern unrecht geschehen, und es sollte niemand wundernehmen, wenn jetzt dahin gestrebt wird, nicht etwa Vergeltung zu üben, wie die einen meinen können, die nicht die Arbeiteriele kennen, sondern nur jenes Unrecht wieder gut zu machen. In Hamburg war nämlich im Jahre 1907 eine Vereinbarung zwischen den Seeschiffswerften (einschließlich der Hamburg-Amerika-Linie) und ihren Arbeitern getroffen, der zufolge eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine mäßige Aufbesserung der Löhne erfolgen sollte, außerdem aber eine liberalere Handhabung bei der Berechnung des Affordlohnnes zugesagt war. Dieses Abkommen, das am 1. Oktober 1907 in Kraft trat und dessen Abschluß einen Streik, wie er damals drohte, glücklich verhindern konnte, war den Werften bald wieder leid. Denn die Hochkonjunktur, die in den vorangegangenen Zeiten geriecht hatte, gab nach und die Beschäftigungsverhältnisse der Werften wurden immer schlechter. Nun verjachten einige Werften, um die eben gemachten Zugeständnisse wieder heranzukommen, und zwar wurde es ihnen am leichtesten, die Lohnerhöhung in der Praxis illusorisch zu machen. Sie entließen nämlich alte, höhere Löhne beziehende Arbeiter, die sie ganz auf weiter brauchen konnten, in der Erwartung, daß diese sich in nächster Zeit wieder melden würden, offenbar — eine andere Deutung erhebt gar nicht möglich — um sie zu den niedrigeren Anfangslöhnen wieder einstellen zu können. Das Abkommen stand in diesem Punkte also bei einigen Unternehmern nur auf dem Papier, und daraus mußte sich eine Unzufriedenheit bei den Arbeitern ergeben, bei den direkt hieron betroffenen und bei ihren mit ihnen mitführenden Kollegen.

Eine wahre Erbitterung erzeugte aber die Art, wie die Affordarbeit behandelt wurde. Einen festen Afford gibt es in Hamburg auf den Werften gar nicht, sondern es besteht nur ein loses, auch nicht klagbares Verhältnis. Anstatt nun wenigstens die voll verdienten Löhne den Affordarbeitern auszus zahlen, wurde — so behaupten sie — sobald die auszahlende Summe den Unternehmern zu hoch erschien, neue Arbeit dazugeworfen, für die aber kein besonderes Entgelt erfolgte, und noch manche andere Manipulation vorgenommen, deren Berechtigung mindestens zweifelhaft erscheinen darf, jedenfalls verlust, den Arbeiter zu rücken und ihn um einen Teil seines teuer erworbenen Verdienstes zu bringen. Die Unternehmer leugnen gar nicht, daß sie beispielsweise für verdiente, aber noch nicht berechnete Affordarbeit den Lohn dem Arbeiter vornehmten, der vor Beendigung der gesamten Arbeit aus dem Betriebe austrat, vielleicht weil er anderwärts stetigere oder besser für ihn sich eignende oder auch höher bezahlte Beschäftigung gefunden hatte. Er erhielt dann keinen Pfennig seines Lohnes, in dessen Erwartung er gewöhnlich schon Schulden gemacht hatte, und wenn dem Manne für seine Affordarbeit doch einmal im voraus eine Anzahlung gemacht war, so wurde sie als reiner Vorstoß gebucht, also als eine Günstigkeit, welche die Werften ihrem Arbeiter erweisen, der so bei ihnen ohne Grund in die Kreide kam. Ein gerichtlich verletzbarer Anspruch auf den verdienten Affordlohn wurde in solchen Fällen eben nicht anerkannt. Oft dauerte es vier und selbst fünf Monate, bis die richtige Auszahlung des Affordlohnnes erfolgte, und so lange zu warten, ist für einen Arbeiterhaushalt eine schwere Kunst!

Jetzt wird in der Hauptsache verlangt, daß die Arbeiter nicht länger den mit den geschätzten Gewohnheiten verknüpften Fatalitäten ausgesetzt

feien. Denn es erweist sich als unumgänglich, fest umschriebene Garantien für eine anständige Behandlung der Affordarbeit zu schaffen, mit anderen Worten: die Werften zu veranlassen, die Verordnungen, die sie im Jahre 1907 gegeben haben, so zu halten, wie es unter ehrlichen Kaufleuten Sitte ist, also nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Sinne nach. Sobald solche Garantien gebührt sind — und eine Ausnahme, wie sie die Arbeiter im Anfangsstadium wünschten, hätte leicht dazu führen können — wären die anderen Forderungen zu erörtern, die sich u. a. auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne beziehen. Schon jetzt muß einer von einem Regierungsblatt, nämlich der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, kolportierten Nachricht entgegengetreten werden, wonach nämlich, wie es in ihrer verlauslierten Sprache heißt, „die neuen Lohnwünsche, an den bestehenden Voraussetzungen gemessen, unter Umständen auf das Doppelte des bisherigen Sabes gehen“. Das ist barer Unsinn. Keinem Werkarbeiter, insbesondere auch keinem Mitgliede eines Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist es jemals eingefallen, derartige Lohnwünsche „unter Umständen“ zu erheben. Was es in Wirklichkeit mit den Forderungen der Arbeiter auf sich hat, wie wenig sie gegen Recht und Billigkeit wie gegen Vernunft verstoßen, wird in einem besonderen Artikel näher dargelegt werden.

Christliche Verleumdungen.

Herr A. Stegerwald, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften in Köln a. Rh., sandte uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes eine „Berichtigung“ zu unserem unter obiger Ueberschrift in Nr. 60 erschienenen Artikel. Ohne Bezugnahme auf diesen § 11 hätten wir die Berichtigung gebracht. Wer sich aber auf diesen Paragraphen beruft, muß auch den gesetzlichen Inhalt desselben kennen. Die Berichtigung entsprach dem angezogenen Paragraphen nicht. Jetzt veröffentlicht Herr Stegerwald seine sogenannte Berichtigung in Nr. 16 des „Zentralblatts“ der christlichen Gewerkschaften und leitet sie mit der Einbildung ein, uns sei der Artikel im „Zentralblatt“, gegen den wir uns in Nr. 60 gewandt hatten, arg auf die Nerven gefallen. Unsere Entgegnung enthalte Verleumdungen und Wahrheitswidrigkeiten, die nicht mehr überboten werden könnten.

Was berichtet nun Herr Stegerwald? Es sei un wahr, daß der Gewerksverein der lippischen Ziegler immer noch nicht zu den christlichen Gewerkschaften kommen wolle. Der Gewerksverein der Ziegler habe die Bedingungen: Ausschließung der Meister, Einführung angemessener Beiträge nicht erfüllen wollen und deswegen sei für ihn kein weiterer Verbleib im Verbande der christlichen Gewerkschaften möglich gewesen. Seit 1906 seien seitens des Gesamtverbandes keinerlei Bemühungen zur Wiedergewinnung der lippischen Ziegler gemacht worden.

Es wird wohl richtig sein, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sich nicht um die Wiedergewinnung der Ziegler bemüht hat. Das haben wir auch nicht behauptet. Wir haben nur darauf hingewiesen, daß mit der Behauptung, die Ziegler seien aus den christlichen Gewerkschaften quasi hinausgeworfen worden, schlecht übereinstimme der bis in die jüngste Zeit fortgesetzte Versuch, die Ziegler an den Verband der Christlichen von neuem anzugliedern. Noch vor nicht allzu langer Zeit hätte der zur christlichen Richtung gehörende Abgeordnete Wenzel einen Vortrag bei den Ziegler halten sollen. Diese unsere Behauptung wird auffälligerweise nicht berichtet, also ist sie wohl auch nach Meinung des Herrn Stegerwald wahr.

Nun schreibt die „Sippische Landeszeitung“, die sich ebenfalls mit unserem Artikel befaßt, daß nach dem Ausscheiden der Ziegler aus dem Verbande der christlichen Gewerkschaften sofort der Kampf gegen den Gewerksverein aufgenommen worden sei.

Stiftigen Verleumdungen war vor allem auch der erste Vorliegende des Gewerksvereins, Zieglmeyer August Meier, ausgelegt, der dieshalb klagbar werden mußte. Wir brauchen da nur an den Namen Jaworski erinnern, der den Kampf leitete. Allerdings war der Kampf vergeblich, und Tausende waren unnütz geopfert. Der Zieglergewerksverein aber ging neugestärkt aus diesem Kampfe hervor, und ohne den christlichen Bestand hat er sich besser entwickelt, wie je zuvor. Nun sind allerdings wohl schon seit längerem Bemühungen im Gange, die wegen ihrer Unnatürlichkeit zerrissenen Fäden neu zu knüpfen. Nicht um dem Gewerksverein zu nützen, sondern um christlich-sozialer Parteiarbeit ein Sprungbrett zu verschaffen. Ohne daß die Ziegler es ahnen, sollen sie langsam in christlich-soziale Schwärmer hineingeführt werden. Abgeordneter Zieglmeyer Hannes war es, der sich auf der letzten Generalversammlung des Gewerksvereins gezwungen fühlte,

diesen Bemühungen eine scharfe Abgabe zu geben. Sprach er sich auch ganz allgemein aus, so hatte man aber doch den Eindruck, daß er seine Leute kannte, die er treffen und warnen wollte. Selbstverständlich werden unsere lippischen Ziegler, sobald es ihnen klar wird, zu welcher Rolle sie gebraucht werden, es an der erforderlichen Abwehr nicht fehlen lassen. Denn daß unsere lippischen Ziegler sich von einigen in ihren Reihen befindlichen christlich-sozialen Elementen von neuem in einen Gewerkschaftsverband drängen lassen, in welchem sie nur einen bedeutungslosen Schwanz des Zentrums darstellen und in welchem dieselben Leute ausschlaggebend sind, die vor einigen Jahren für den brutvertreibenden Sozialist und jetzt für die unselige Reichsfinanzreform eingetreten sind, aber gegen die Erbschaftsteuer mobil gemacht haben, erscheint doch wohl gänzlich ausgeschlossen.

Hier wird also unsere Behauptung bestätigt, daß seit längerem Bemühungen im Gange sind, die wegen ihrer Unnatürlichkeit zerrissenen Fäden neu anzuknüpfen. Die „Sippische Landeszeitung“ sibt an der Quelle und ist sicher gut informiert. Auch in einer Erklärung, die der Zentralvorstand des Gewerksvereins der Ziegler abgibt, wird die Tatsache selbst nicht abgeleugnet. Was bleibt also von der Berichtigung des Herrn Stegerwald noch übrig?

Zweitens versucht er unsere Behauptung zu berichtigen, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sich in letzterer Zeit bemüht haben soll, den Brauerbund zum Anschluß zu bewegen. Wir stützen unsere Behauptung auf die Vorgänge in der Dresdener Generalversammlung des Bundes der Brauergesellen. Davon sagt Herr Stegerwald kein Wort, obgleich er sich durch den Vertreter des Vereins der Brauergesellen in Köln, der den christlichen Gewerkschaften angehört, über die Richtigkeit unserer Behauptungen informieren lassen konnte. Stolz meint Herr Stegerwald, daß, „solange noch Ortsvereine dieses Bundes von Unternehmerorganisationen Zuwendungen erhielten, der Brauerbund keine Aussicht habe, in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen zu werden“. Auch hier geht die Berichtigung um unsere eigentliche Behauptung herum. Wir hatten in geiperten Lettern behauptet, daß Herr Stegerwald auf telegraphischem Wege durch seine Genossen aufgefordert worden sei, nach Dresden zur Generalversammlung zu kommen, und daß er auch bestimmt gekommen wäre, wie aus dem Inhalt seines Antworttelegramms hervorgegangen sei, wenn er nicht für diese Zeit bereits eingegangene Verpflichtungen auszuführen gehabt hätte. Wäre die Auffassung des Herrn Stegerwald so, wie er sie in seiner Berichtigung zum Ausdruck bringt, dann hätte das Telegramm einen anderen Wortlaut haben müssen. In diesem Falle hätte er erklären müssen, daß der Brauerbund keine Aussicht habe, in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen zu werden und daher auch kein Kommen seinen Zweck haben könne. Und warum duldet Herr Stegerwald es denn, daß gegenwärtig noch 9 Ortsvereine des Brauerbundes den christlichen Gewerkschaften angehören? Es ist wirklich komisch, wie Herr Stegerwald sich um die Verantwortung unserer positiven Behauptungen herumzudrücken weiß.

Lebrigens sind uns von mehreren Ortsvereinen der Brauer in Folge unserer Bemerkung, daß einige dieser Vereine, die weder zu den Christlichen, noch zu uns gehörten, gelbe Allüren hätten, Zuschriften eingeschriebenen Protestes zugegangen. In diesem Protest wird mit aller Entschiedenheit erklärt, daß diese Annahme nicht zutrefte. Wir nehmen davon gern Notiz. Es ist nur auffällig, daß diese Vereine unseres Wissens kein Wort des Protestes hatten, als die christlichen Gewerkschaften in dem Augenblick, wo sie als betrübte Rohgerber ihre Felle weschwimmen sahen, den ganzen Bund und alle seine Vereine verleumderischerweise als „gelb“ bezeichneten.

Drittens will es Herr Stegerwald nicht wahr haben, daß Herrn Peter Wolz ein Zentrumsmandat für den Landtag zugewidert wurde, wenn er dafür den Verband an die Christlichen zu verwickeln bereit gewesen wäre. Wir halten den sachlichen Kern unserer Behauptung durchaus aufrecht. Wenn Herr Stegerwald es wünscht, werden wir den Schmutz einmal bloßlegen, der in dem Streite zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Begründer des Friedrich Eisenbahnerverbandes, Herrn Wolz, zutage gefördert worden ist.

Unsere Behauptungen in Sachen des uns ange-schlossenen Württembergischen Eisenbahnerverbandes berichtigt Herr Stegerwald nicht. Dafür bringt er nun im „Zentralblatt“ eine Menge neuer Behauptungen gegen den Generalsekretär Roth vor und droht uns, wir müßten uns schon damit vertraut machen, daß uns die Glanzleistungen des Herrn Roth durch die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften in der Agitation allüberall um die Ohren geslagen würden. Es gibt leider keinen anderen Weg mehr, als die Verleumder vor den Richter zu fordern.

Wie unsere Leser aus dem Artikel „Ein trauriges Sittenbild“ in Nr. 66 ersehen, hat Herr Roth bereits in 6 Prozeßen, die er gegen die Erbschaftsneider führen mußte, den vollen Sieg davongetragen. Wenn die Herrschaften vor den Richter geladen werden, dann geben sie, um vor dem Gefängnis bewahrt zu bleiben, sofort klein bei, ziehen ihre Behauptungen zurück und übernehmen die Kosten des Verfahrens aus für den Kläger, um so noch mit einem blauen Auge davonzukommen.

Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften hatte auch geschrieben: „In Sachen des Württembergischen Eisenbahnerverbandes erklären wir auf das bestimmteste, daß dieser mit Roth an der Spitze... nie in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen worden wäre.“ Jetzt veröffentlicht der „Schwäbische Eisenbahner“, das Organ uneres Württembergischen Verbandes der Eisenbahner, einen Brief des Herrn A. Stegerwald in Köln, worin der Hauptvorstand des Württembergischen Eisenbahnerverbandes eindringlich erjudt wird, er möge auf den Anschluß des Verbandes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hinwirken. Der Brief schildert die „großen Vorteile“ des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften und erklärt wiederholt, „bezüglich der finanziellen Seite sind wir zu weitmöglichstem Entgegenkommen bereit, und so sprechen wir die Hoffnung aus, daß in dieser Frage baldigst eine beider-seits befriedigende Verständigung erzielt wird“.

Was haben die Berichtigungen des Herrn Stegerwald für einen Wert, wenn er durch einen von seiner Hand gezeichneten Brief so widerlegt werden kann? Jetzt, wo die „Christlichen“ den Schwäbischen Eisenbahnerverband nicht mehr haben können, behaupten sie, daß er nie in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen worden wäre. Und ihre Behauptung wird Lügen gestraft durch den vorliegenden Brief. Früher wurde Roth und der Verband unsmideitelt, und jetzt auf einmal ist der Verband Schwäbischer Eisenbahner eine durch und durch kompromittierte Organisation. Da erklärt das Organ dieses Verbandes: „Wer einen anderen zu Unrecht bei der Staats-anwaltschaft denunziert, so daß die Staatsanwaltschaft und das Gericht den Denunzierten unter Uebernahme der Kosten auf den Staat außer Verfolgung setzt, kompromittiert nicht den anderen, sondern sich selbst. Und das um so mehr, wenn er seine Denunziation auch noch unter der Firma der „Christlichkeit“ gemacht hat.“

Herr Stegerwald, uns ist es auch diesmal wieder recht übel geworden. Sand aus Herz! Glauben Sie, daß es einen anständigen Menschen geben könnte, dem es ob solcher christlicher Gewerkschaftstaktik nicht übel wird?

Die Weltausstellung in Brüssel 1910.
III.)

Die holländische Abteilung ist ebenfalls im eigenen Heim untergebracht. Hier bekommt man hauptsächlich die Importprodukte der holländischen Kolonien und die Entwicklung der Eisenbahnen in diesen zu sehen. Beim Betreten dieser Halle fällt einem sofort eine von einer Geldschrankefabrik aufgestellte Stahlkammer von riesigen Dimensionen auf. Dieselbe hat eine Tür von ca. 2 Meter Durchmesser und ist von erheblicher Stärke, mehrmals abgestuft und mit zahllosen Schloßern versehen. Dann kommen Bilder von Bauwerken, das Eisenbahnwesen in den Kolonien, von Ackerbau und Viehzucht, und dann kann man die vorzügliche holländische Butter und den Holländer Käse probieren. Große Photographien zeigen den Betrieb einer Zeitung in Batavia, die mit allen modernen Maschinen (Setzmaschinen, Rotationsmaschinen usw.) ausgerüstet ist. Aus Niederländisch-Indien sind Eingeborene mit Holschnitzereien, Strohflechten, Arbeiten am Webstuhl, Bemalen von Stoffen mit Lack und Flechten von Panamahüten beschäftigt. Diese Arbeiten sind insofern sehr interessant, als sie mit den primitivsten Werkzeugen ausgeführt werden. Die Abteilung für Erziehung und Unterricht hat ein Kinderspielzimmer und Arbeiten der Fach- und Fortbildungsschulen ausgestellt. Die Fischerei ist durch ein prachtvolles Diorama vertreten, das eine an der Küste liegende Fischerflotte veranschaulicht.

Jetzt kommt man endlich zur deutschen Abteilung. Doch bevor wir uns an den Besuch dieser ausgedehnten Ausstellung heranwagen, wollen wir uns erst im Münchener Haus bei einem Glas Münchener erfrischen. Hier wird das Bier von fünf Münchener Brauereien nach süddeutscher

*) Der Brand der Ausstellung dürfte diesen Aussagen eines unserer jungen Kollegen ein erhöhtes Interesse verleihen.

Art vergrößert. Es herrscht ein sehr reges Leben und von Zeit zu Zeit ist überhaupt kein Platz zu haben, da das Eisen auch ganz vorzüglich mundet. Nachdem dieses Bedürfnis erledigt ist, nehmen wir unsere Wanderung bei der Eisenbahnhalle auf. Dieselbe ist ganz aus Holz errichtet und wegen ihrer großen Spannweite technisch äußerst interessant. Damit die Holzkonstruktion deutlich zu erkennen ist, ist die Halle ohne Anstrich geblieben. Sie enthält Maschinen und Waggonen, die das preussische Eisenbahnministerium ausstellt. Daneben sind auch noch einige große Firmen vertreten.

Alle deutschen Eisenbahnverwaltungen haben der Entwicklung und Verbesserung der Dampflokomotiven ihre größte Aufmerksamkeit geschenkt. Während bei Beginn der Eisenbahnzeit die Maschinen etwa 20 bis 30 Pferdestärken leisteten, leisten sie jetzt 1200 bis 1500 Pferdestärken. Die Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit der Maschinen zu erhöhen, ist bechränkt durch das Normalprofil des lichten Raumes, die Tragfähigkeit des Oberbaues und der Brücken usw. Das Dienstgewicht der schwersten Lokomotiven beträgt einschließlich Tender etwa 138 T.

Die Schnellzüge fahren ohne Maschinenwechsel 400 Kilometer und mehr. Die größte Maschine stammt von F. A. Maffei aus München. Es ist eine 3/6 gekuppelte 4 Zylinder-Verbund-Schnellzuglokomotive mit Ueberdrücker. Dieselbe entwickelt eine Geschwindigkeit von 120 Kilometer pro Stunde und ist mit Tender 21,5 Meter lang. Bei den Probefahrten wurde eine Geschwindigkeit von 153 Kilometern erreicht. Die gewaltigen Dimensionen dieser Maschine kann man sich leicht vergegenwärtigen; denn die Sohle des Kessels liegt ca. 2 bis 2 1/2 Meter über der Erde. Die Räder haben einen Durchmesser von 1,95 Meter. Zur Ueberwindung des Luftwiderstandes ist der Kessel kegelförmig und das Führerhaus flugartig ausgebildet. Diese Maschine wird in den Dienst der bayerischen Staatsbahnen gestellt. Außerdem haben noch F. Schichau-Elbing, Pannoversche Maschinenbau-A.G., Vulkan-Getzlin, Benzke u. Sohn, Maschinenbauanstalt, Breslau, A. Schwarzkopff und Vorkis Lokomotiven zur Schau gestellt. Die 2/4 gekuppelte Heißdampf-Schnellzuglokomotive der Breslauer Maschinenbauanstalt hat sogar einen Radabstand von 2100 Millimeter. Die Bergmann-Elektrizitätswerke haben einen benzinelektrischen Triebwagen, die Norddeutsche Wagenbauvereinigung hat einen Doppelwagen 3. und 4. Klasse, der mit Akkumulatoren ausgerüstet ist und 100 Kilometer mit einer Ladung zurücklegen kann, ausgef. Weiter kann man noch den Luxus eines Salon- und eines D-Wagens 1. und 2. Klasse bewundern. Bei allen diesen Wagen sieht man, daß in der Ausstattung große Fortschritte gemacht sind. Es ist vor allem auf einen ruhigen Lauf Rücksicht genommen. Derselbe ist erzielt durch Vergrößerung des Radstandes, Vermehrung der Achsenzahl und eine bessere Abfederung der Wagen. Die Wagen haben durchschnittlich jetzt 3 und 4, die Schlafwagen sogar 6 Achsen.

Jetzt kommen wir zur Kraftmaschinenhalle. Dieselbe ist 56 Meter lang, 40 Meter breit und mit weißer Lackfarbe gestrichen, so daß die Maschinen im hellsten Lichte erstrahlen. Hier wird die Kraft erzeugt, die in den Hallen und zum Betriebe der einzelnen Maschinen gebraucht wird. Für die Erzeugung des Stromes kommen 3 Maschinen in Betracht. Es sind dies eine 10 000 pferdige Dampfturbine von den Bergmann-Elektrizitätswerken, die größte Lokomotive der Welt von 1000 Pferdestärken, gebaut von Geinr. Lang, und eine Patent-Heißdampf-Verbund-Lokomotive von 650 Pferdestärken der Firma R. Wolf-Magdeburg. Alle diese Maschinen arbeiten mit achtstündiger Ablösung. Außerdem hat die Firma Lang noch eine Torpedobootsmaschine zu 6000 Pferdestärken ausgestellt. Neben einer großen Anzahl kleinerer Kraftmaschinen sind die Maschinen mit einer Gesamtleistung von 21 000 Pferdestärken im Betrieb. Nachdem wir noch die Halle für landwirtschaftliche Maschinen, in der eine große Anzahl Lokomobilen und sämtliche landwirtschaftliche Maschinen zur Aufstellung gelangt sind, durchschritten haben, befinden wir uns in der Hauptmaschinenhalle. Charakteristisch für den deutschen Maschinenbau ist die im Zusammenhange mit der jeweiligen Konstruktion durchdachte Schutzvorrichtung, die den Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes schützt, und man erkennt hier am allerdeutlichsten den Segen einer guten Arbeiterschutzesgebung.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. August 1910.

Die Errichtung eines Reichseinkunftsamts ist namentlich seit der Beilegung des Bauarbeiterkampfes vielfach erörtert worden. Auch wir haben

uns im Leitartikel der Nr. 55 eingehend mit der Frage beidseitig, was wiederum zahlreichen Tageszeitungen Veranlassung gegeben hat, sich darüber zu äußern. In unabhängigen und sozialpolitisch fortgeschrittenen Kreisen hat der Gedanke eines Reichseinkunftsamts lebhaften Anklang gefunden, ebenso energischen Widerstand allerdings in den Kreisen der Großindustrie. Um so angenehmer mußte es berühren, daß auf dem kürzlich abgehaltenen allgemeinen Malertag in Elberfeld der Vorsitzende Kruse auf Grund seiner praktischen Erfahrungen eine solche Instanz warm befürwortete. Aber noch ein anderer Fürsprecher ist dem Reichseinkunftsamt erstanden in der Person des Gewerbegerichtsdirektors Brenner-München, der sich bekanntlich um die Beilegung gewaltiger Lohnkämpfe besonders verdient gemacht hat. Derselbe weist in einem interessanten Aufsatz in der „Bauwelt“ auf die ständig wachsende Zahl der Tarifverträge hin, die sich allmählich zu Reichstaxen zu entwickeln suchen, auf die damit verbundenen Tarifämter und Zentralinstanzen, die großen Kosten, die durch die ständig wiederkehrenden Sitzungen der Zentralentscheidungsorgane entstehen und auf die Notwendigkeit der Schaffung einer Stelle, wo die ziemlich umfangreichen Akten und Urkunden verwahrt werden können. Dann fährt er fort:

„Diese Fragen führen ohne weiteres zu dem Gedanken der Errichtung einer behördlichen Reichsinstanz, welche berufen ist, nicht bloß ausgebrochene Streitigkeiten beizulegen, sondern dem Ausbruch von Differenzen durch ständige Fühlungnahme mit den Parteien vorzubeugen; weiterhin oblag einer derartigen Instanz auch der Vorsitz in den immer umfangreicher sich gestaltenden Zentralentscheidungsorganen. Dabei dürfte wenigstens zur Zeit an die Einführung eines obligatorischen Schiedsgerichts, wie es z. B. in der Schweiz, in Australien, in Nordamerika, in England in verschiedenen Abstufungen besteht, nicht gedacht werden können. Dazu sind die Organisationen und die Tarifverträge noch viel zu wenig ausgereift, insbesondere fehlt eine Reihe rechtlicher Voraussetzungen. Es könnte sich nur darum handeln, etwa im Bereiche des Reichsamts des Innern eine besondere, mit wenigen Beamten besetzte Unterabteilung zu bilden, welche den Parteien entweder auf Anrufen oder von Amts wegen ohne irgend welche Zwangsbefugnisse ihre Dienste anbietet. Diese Stelle könnte jederzeit durch geeignete Männer der Praxis als nichtständige Mitglieder ergänzt werden, um dieselben im ständigen lebendigen Kontakt mit dem wirklichen pulsierenden Wirtschaftsleben zu halten. Eine derartige Behörde verpflichtet niemand, kann jedoch stets der Pflege des sozialen Friedens dienen und belastet die Reichsfinanzen in kaum nennenswertem Betrage. Hier kann mit den geringsten Mitteln ein heroisches sozialpolitisches Werk ohne irgend welche Konsequenzen ins Leben gerufen werden. Mögen in dieser Hinsicht die maßgebenden Faktoren gerade aus der Bauarbeiterversicherung, wo mangels einer zutreffenden Instanz zweifellos manches verunglückt wurde, baldigst die praktische Anwendung ziehen — zum Nutzen und Frommen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens.“

Wir zweifeln nicht, daß diese Darlegungen eines hervorragenden Praktikers ihren Einbruch auf die Regierung und auch auf den Reichstag nicht verfehlen werden.

Die wachsende Fleischnot wird von der Regierung keineswegs geleugnet. Anstatt aber durch Öffnung der Grenzen ihr mit einem Schläge ein Ende zu bereiten, hat sich der neue preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer begnügt, den Landwirtschaftskammern einen Erlaß zuzufenden, in welchem auf die Notwendigkeit einer größeren Stetigkeit im Viehbestande hingewiesen wird. Die „Deutsche Fleischzeitg.“ weist mit Recht darauf hin, daß darin das Zugeständnis liegt, daß eine Verminderung der Viehbestände eingetreten ist und etwas geschehen muß. Indessen der gute Rat des Ministers, mehr Jungvieh zu ziehen und mehr Futterbau zu treiben, könne dem andauernden Mangel an Vieh nicht abhelfen, denn die hohen Futtermittelzölle ließen eine Vermehrung der Viehzucht in wirklich großem Maße gar nicht zu. „Alle diese Mittelchen fruchten nichts. Nur eine dauernde Aufhebung aller Grenzsperrern und eine Ermäßigung der Vieh- und Futtermittelzölle bliebe die einzige Maßnahme, von der Fleischer und Publikum wirklich Abhilfe erwarten können.“

Trotzdem ist den wachsenden Agrariern das Vorgehen des preussischen Landwirtschaftsministers schon zu schneidig. Die bündlerische „Deutsche Tageszeitg.“ ist sofort auf dem Plan erschienen und verlangt eine erhöhte Verschärfung des „Grenzschutzes“, damit das deutsche Vieh nicht durch fremdes Vieh verdrängt und so der Bestand vermindert wird. Leider findet die agrarische Unverschämtheit wie immer eine Stütze bei den Regierungen. Durch die Presse gehen allerlei Mitteilungen, daß weder Sachsen noch Bayern daran denke, im Bundesrat Schritte zu unternehmen, um eine bessere Fleischzufuhr zu ermöglichen. Agrarisch ist eben immer

noch Trumpf. Hoffentlich sorgen die nächsten Wahlen dafür, daß das Plättchen sich einmal wendet.

Der deutsche Tabakbau hat nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ in den letzten Jahren bedeutend an Umfang verloren. Nach den mit erheblichen Schwierigkeiten verbundenen statistischen Ermittlungen sank der Ertrag an getrockneten Tabakblättern von rund 400 000 Doppelzentnern im Jahre 1901 auf rund 344 000 Doppelzentner im Jahre 1908. Auch die Zahl der Tabakpflanzler, die fast ausschließlich kleine Grundbesitzer sind, weist in diesem Zeitraum einen starken Rückgang auf. Sie ist von 120 490 auf 88 656, d. h. um 26 Prozent gefallen. Ein deutliches Bild des Rückganges im deutschen Tabakbau bietet auch die Abnahme des Flächeninhaltes der mit Tabak bepflanzten Grundstücke. Diese verringerten sich von 16 963 Hektar im Jahre 1901 auf 14 525 Hektar im Jahre 1908.

Es erscheint uns zweifellos, daß infolge der vorjährigen Reichsfinanzreform der deutsche Tabakbau noch einen weiteren Rückgang erfahren wird.

Arbeiterbewegung. In Leipzig haben die Töpfermeister einen von den Gesellen ausgearbeiteten Tarif, der in der Hauptsache eine Erhöhung der Akkordsätze bezweckt, abgelehnt, so daß die Töpfergesellen am Mittwoch die Arbeit eingestellt haben. — In Altenburg ist es den Solarsarbeitern geglückt, einen Tarifvertrag abzuschließen, der ihnen nicht nur beträchtliche Lohn-erhöhungen, sondern auch Zuschläge für Ueberstunden und eine bessere Entlohnung für Montagearbeiten garantiert. — Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften weist keine Veränderungen auf. Die Mahnrufe an die Regierung, eine Vermittlung anzubahnen, sind bisher ungehört verhallt. Dagegen hat das parlamentarische Komitee der englischen Trade Unions eine Sondernotiz abgehalten, um zur Bewegung der deutschen Werftarbeiter Stellung zu nehmen. In einer Resolution wurde den deutschen Werftarbeitern die Sympathie der Versammelten zum Ausdruck gebracht. Die Bedingungen, gegen welche die Deutschen im Kampfe begriffen seien, stellten eine Bedrohung für die englischen Arbeiter dar, und an alle Mitglieder der Trade Unions sei die Mahnung zu richten, den deutschen Werftarbeitern jede finanzielle und sonstige Beihilfe zuteil werden zu lassen.

Der Kampf der Textilarbeiter in Enschede (Holland) ist beendet. Die streikenden Arbeiter haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, worauf auch die Unternehmer die verhängte Aussperrung aufgehoben. — Im Kohlenbetriebe von La Mure bei Grenoble (Frankreich) sind die Bergarbeiter in den Ausstand getreten.

Die Gefängnisarbeit, soweit sie dem ehrlichen Handwerk Konkurrenz bietet, soll im kommenden Herbst Gegenstand der Beratungen einer Kommission sein, die aus Vertretern des preussischen Justizministeriums und des Ministeriums des Innern besteht. Außerdem sollen in die Kommission auch Vertreter des Handwerks berufen werden. Die Regierung entspricht mit der Einsetzung dieser Kommission einem Wunsch des Landtages, der in seiner letzten Tagung die Anregung zu solchen Beratungen gegeben hatte. Nach offiziellen Mitteilungen sollen daran auch einzelne Abgeordnete teilnehmen dürfen. Schaden könnte es sicherlich nichts, wenn man auch Arbeiter als Gutachter heranzöge.

Du wirst fotografiert. Das Solinger Schöffengericht verhandelte letzter Tage wegen Streikvergehens gegen den Geschäftsführer des Industriebundes und zwei Scherenarbeiter. Nach der „Köln. Ztg.“ beruhte die Anklage darauf, daß die Angeklagten den Arbeitern, die bei einer bestreikten Firma in Arbeit treten wollten, angeknipst hätten, man würde sie photographieren und ihre Bilder als Streikbrecher in der Arbeiterpresse veröffentlichten.

Das Gericht sprach indes die Angeklagten frei, weil es in dieser Anklage keine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung erblickte. In der Urteilsbegründung heißt es: „Mit der Androhung: „Ihr werdet photographiert und kommt in die Zeitung“ werde kein strafbares Uebel angedroht. Die Streikbrecher wissen, daß sie sich mißliebiger machen, und wenn ihre Namen oder Photographien veröffentlicht werden, habe das für sie keine größere Bedeutung. Sonstige Bedrohungen waren den Angeklagten nicht nachzuweisen.“

Gewerkevereins-Zeil.

Fortmund. Den Ortsvereinen des Ortsverbandes zur Kenntnis, daß ich am 14. August zum Vorsitzenden des Ortsverbandes gewählt worden bin. Ich erlaube daher insbesondere die Ausschüsse, sich in allen Agitationsfragen vertrauensvoll an mich zu wenden. Ich werde nach Möglichkeit versuchen, ein recht reges Leben innerhalb des Ortsverbandes nachzuhalten.

W. B. Hill, Stahlwerfstr. 55.

Duisburg. Nach einem Vortrage des Arbeiterssekretärs Kollegen A. B. L. u. g. über die Deutschen Gewerkevereine, ihre Ziele und Bestrebungen beschloß am Sonntag, den 14. August, die gutbesuchte Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Drahter zu Duisburg sich dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine anzuschließen. Gleichzeitig trat der über 60 Mitglieder zählende Verein auch dem Ortsverband Duisburg bei. Auf die Gefahr hin, daß dieser Beschluß unsern „Freunden“ christlicher Couleur Veranlassung gibt, sich durch weitere Schmähe und Hohnartikeln vor aller Welt zu blamieren, heißen wir den Verein als neues Glied unserer Bewegung herzlich willkommen. Wir hoffen, daß dem Verein der Beschluß zum Segen gereicht. Den christlichen Redigatoren rufen wir aber ein bekanntes Sprichwort ins Gedächtnis zurück, welches lautet: Trauben, welche hoch hängen, sind fauer.

Profen. Die letzte Monatsversammlung des Vereins der Deutschen Stein- und Hilfsarbeiter fand am 16. Juli in Semmetwitz statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten richtete der Vorsitzende an die Anwesenden die dringende Mahnung, die Beiträge möglichst pünktlich zu bezahlen. Jeder einzelne müsse das als eine Ehrenpflicht betrachten. Mit Stolz müssen wir in unserem Vereine sagen können: Wir haben keinen unter uns, der seinen Verpflichtungen nicht pünktlich nachkommt. Im weiteren Verlauf der Sitzung behandelte der Vorsitzende eingehend die Stellung des Vereins zu den Arbeitervereinen, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß es sich um grundverschiedene Dinge handle, die deshalb auch getrennt behandelt werden müßten. Trotzdem habe immer ein gutes Verhältnis zwischen beiden bestanden, weshalb die letzten Vorkommnisse beim Begräbnisse eines Kollegen tief bedauerlich seien. Die Haltung des Vorstandes in dieser Angelegenheit sei durchaus korrekt gewesen. Trotzdem sei die Erregung unter einem Teil der Kollegen durchaus zu verstehen. Inzwischen müsse man nunmehr die Sache ruhen lassen. An die Ausführungen knüpfte sich eine längere Diskussion, in welcher dem Vorstande der Auftrag erteilt wurde, energische Schritte zu tun, daß derartige Fälle nicht mehr vorkommen können.

Weiter erfuhr der § 3 des Beihilfestatuts eine Regelung insofern, als in Stufe II für Hilfsarbeiter bei

*) Durch ein Versehen hat sich die Veröffentlichung bis jetzt verzögert.

35 Pfg. Wochenbeitrag täglich 90 Pfg. statt 75 Pfg. bisher in Frankfurtfällen gezahlt werden. Die nächste Versammlung soll in Sadowitz abgehalten werden. Sodann richtete Kollege G. L. I. e n t s c h e r an die Versammlung noch einmal die dringende Mahnung zur Einigkeit. Man soll die Kritik nicht zu weit treiben. Der Vorstand ist bemüht, nach bestem Gewissen im Interesse des Vereins zu handeln. Dabei ist es möglich, daß er auch einmal nicht den Beifall aller Kollegen findet. Deshalb muß die Kritik immer sachlich gehalten werden, damit den Vorstandsmitgliedern nicht die Lust an der Arbeit verleidet wird. Diese Arbeit müßt von Jahr zu Jahr mehr an und wird auch weiter gesteigert werden, wenn wir mit der modernen Entwicklung Schritt halten wollen. Das sei aber nur möglich, wenn die Mitglieder einig sind und geschlossen hinter dem Vorstande stehen. Zum Schluß gab er seinem Bebauern Ausdruck, daß der Ortsverbandsvorstand nicht zugegen war. Neu aufgenommen wurden 6 Kollegen, gestrichen 3, darunter 2 wegen rückständiger Beiträge.

Verbands-Zeil.

8. Quittung über eingesandte Sammelgelder für die Ausergesserischen Bauhandwerker.

Bergarbeiter: Holtzerhausen II 3,30, Oberstifteln 10,75, Oberwengern 8. **Gemeindearbeiter:** Berlin (Vst. 6) 1,80. **Holzarbeiter:** Hamburg (II. Rate) 3,70, Mülheim a. d. Ruhr 8,50, Lhemar 4,26. **Kaufleute:** Berlin XII 2,25, Chemnitz 3,40, Dresden 5,65, Rostock 12,30. **Textilarbeiter:** Guben 6,50, M.-Glabach 19,40. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Leimen 5,10. **Ortsvereine:** Ulm 10,00. **Summa Mk. 104,91. Vereinstquittiert Mk. 2822,00. Insgesamt Mk. 2926,91.** Berlin, den 17. August 1910.

Die Sammlung ist hiernit geschlossen. Allen Gebern herzlichen Dank!

Der geschäftsführende Ausschuss.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-22. Sonntag, 21. August Familienpartie nach Frohnau, Hermsdo f. Glimede Treffpunkt Bahnhof Gesundbrunnen, morgens 7 1/2. **Gewerkevereins-Vereinstafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Nebungsstunde im Verbandshaus bei Deutschen Gewerkevereine (Grüne Saal). Gäste wähl. — **Sonntagsabends 20. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Damen Fruchtstraße 36 a. I. Mittelungen. II. Monatsbericht. III. Großes Grammophon-Konzert, anschließend Tanzfröhchen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Kadaw, Baldfstraße 58. Beratung von Delegierten-Anträgen, Sommerfest-Villeit-Abrechnung, Reitroßzahlung. — **Maschinenbau- und**

Metallarbeiter X. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Eckalgestr. 30, „Zur Hütte“. Vortrag des Kollegen Gleichauf.

Orts- und Regionalverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofenlamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabds. — **Häfeldorf (Balkenmittelschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr, in Verbandshaus, Rurfürstenstr. 29, Sitzung. — **Seifenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vereinstagung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — **Saaren b. Nachen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Ludwig. — **Hannover-Lind u. u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 28. d. Mts., morgens 9 Uhr, Vertreter- und Stellvertreter-Sitzung in Königswortz. Im Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten. — **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., im Göttemann Hotel, Poststr., Distriktsabds. — **Nierstein (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Oststr. — **Wilm (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vereinstafel).** Die Nebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **M.-Glabach (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janzen, Preßlerstraße 238. Jeder Kollege herzlich wähl. — **Mühlheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Nebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Robel, Poststr. 5, statt. Stimmabgabe Kollegen sind herzl. wähl. — **Zegel (Distriktsklub für Zegel, Vorflughöhe und Reintendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Heuner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Weihenfeld a. S. (Vereinstafel der Gewerkevereine).** Nebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerkevereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Dortmund (Ortsverband). Karl B. Hill, Vorsitzender, Stahlwerfstraße 55. **Grölich (Ortsverband)** Alfred Lange, Vorsitzender, Bittauerstraße 34-36. **Landberg a. W. (Ortsverband).** Hugo B. Schell, Schriftführer, Steinstraße 9 II.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Uhren, Goldwaren und Musikwerke für Jedermann

Man erhält umsonst und portofrei unseren Katalog mit über 4000 Abbildungen v. Taschenuhren, Wanduhren und Weckern, Ketten, Schmuckstücken aller Art, Fotografenapparate, — Geschenkartikel f. den praktischen Gebrauch und Luxus. Sprechmaschine, u. Musikinstrumente. usw.

Wir liefern auf Teilzahlung

Der Besteller bekommt so, die Ware, die er wünscht, und die Bezahlung geschieht in monatlichen Raten.

Wer einmal so gekauft hat, macht es stets wieder so. Bitte folgendem beglaubigten Bericht des Öffentlich angestellten beständigen Bücher Revisors und Sachverständigen L. Niehl in Berlin: Ich bestätige hiermit, dass von der Firma Jonass & Co., Berlin, inseriert ein einziger Monats 3222 Aufträge von alten Kunden, d. h. solche, die schon vordem von der Firma Wars bezogen haben, ausgeführt worden sind in der vorstehenden Zahl 6992 sind nur die Bestellungen enthalten, die der Firma brieflich von den Kunden selbst überschrieben sind. Nicht gerechnet sind die durch Agenten und Reisende an frühere Kunden gemachten Verkäufe. Ich habe mich durch Prüfung der Bücher und Belege von der Richtigkeit überzeugt.

Berlin, den 18. Februar 1910.
L. Niehl, best. öffentl. Bücherrevisor und Sachverständiger.

Viele tausende Anerkennungen.
Hunderttausende Kunden.

Jährlicher Versand über 25 000 Uhren.
Zusend. des Katalogs umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 792
Belle-Alliance-Strasse 3

Vortrage-Literatur vieler Vereine.

Exp. 1899

Wibera a. N. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern.

Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktplaz.

Edin und Wälheim a. N. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Beihilfegeldkarten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 118 I.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsgehalt im Gewerkevereinsbureau, Burgmundastr. 24 I. Außerdem erhalten dieselben durchreisende former 75 Pfg. von der former-Ektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Wilmshausen (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Ermat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsvereinskassierer, F. E. E. d. e, Bant, Weidestr. 7.

Schwamberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstufung b. Robert Egenter, Schwamberg, Hlandstr. 18.

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstufung. Bonus beim Ortsvereinskassierer J. O. I. o p, Altona, R. Sobannstraße 25 III und beim Kassierer der Maschinenbauer Otto Seebler, St. Pauli, Eincolnstraße 6 I.

Spandau (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich Roltestraße 6, Restaurant zum „Zürischen Zelt“, Bernpredor Nr. 559. Dasselbst erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsvereinskassierer G. E. S. t a b e n o w, Kaiserplatz 21.

Weihenfeld a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstufungskarten beim Kollegen Fischer, Leipzigstr. 28.

Essen (Ruhr). Herberge zu Heimat. Arbeitsnachweis u. Beihilfegeldkarten im Gewerkevereinsbureau, Frohnauerstr. 58.

Grölich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachtquartier, Kasse und Frühstück. Beihilfegeldkarten beim Kassierer G. E. a u g e n, Koloniestr. 32.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Mark Reiseunterstufung beim Wanderkassierer F. a u b e, Leipzigstr. 98 H, oder freies Nachtquartier und Frühstück in der Verbandsherberge (Bäckereinnungshaus) am Hospitalplaz.

Bremen. Die Auszahlung der Reiseelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeiterssekretariat Bremen, Doventorstr. 21, II. Etg. Eingang Kleine Fuhrleustraße. Telephon Nr. 6468.

Nabeberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsvereinsabgesandte beim Ortsvereinskassierer K. S. a b e d a n t, Neustraße 10 I.

Grölich (Ortsverb.). Wanderrde Kollegen erhalten Beihilfegeldkarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsvereinskassierer B. R. i r s c h, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgehalt von 50 Pfg. nur beim Ortsvereinskassierer.

Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Beihilfegeldkarten bei August Müller, Fruchtstr. 6 I. Mittags von 12-1, abends von 7-8 Uhr.

Fosfen (Ortsverband) gewährt duradreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstufung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 50 Pfg., Sonntag und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsvereinskassierer G. R. e i m a n n, Schmüdnerstraße 12.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Beihilfegeldkarten hierzu bei Karl Sebel, Seifenstraße 32 A I.

Stollungen a. St. (Ortsverband). 50 Pfg. bei Georg Hanshaf, Biemarstr. 26.

Der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (S.-D. -P. -Arbeiter)

NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
wird hiernit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Bernpredor: Amt VII, Nr. 4730.